

GRÜNE im Regionalverband Frankfurt-Rhein-Main

Von Michael Korwisi

„Der Regionalverband als verfasstes Organ der Region FrankfurtRheinMain arbeitet zum Wohle der in ihr lebenden Bürgerinnen und Bürger, denn viel zu selten begreift sich die Region als Einheit. Dabei gibt es gute Gründe für ein stärkeres regionales Selbstbewusstsein. Dies ist auch vor dem Hintergrund zu betrachten, dass der Wettbewerb sich zunehmend zwischen Regionen und weniger zwischen Ländern abspielt. Wir verstehen uns als zentraler Ansprechpartner in regionalen Belangen, der die strategische Entwicklung der Region FrankfurtRheinMain steuert und koordiniert“, heißt es in den vom Regionalverband herausgegebenen Informationen.

Für uns GRÜNE heißt das, verantwortlich ökologische und nachhaltige Projekte in der Rhein-Main-Region anzustoßen und für die Inhalte GRÜNER Politik Mehrheiten zu suchen und zu organisieren. Das Themenspektrum des Regionalverbandes ist groß und umfangreich, obwohl die Kompetenzen manchmal auch recht eingeschränkt sind. Dennoch ist es wichtig, dass Nauheim von erfahrenen und kenntnisreichen Kommunalpolitikern vertreten wird, die sich einerseits für ihre Kommune einsetzen, aber auch über den Tellerrand hinaus schauen können. Politiker, die in der Stadt oder Gemeinde sowie im Kreis gut vernetzt sind und die eine verantwortliche bürgernahe Politik machen.

In der Verbandskammer sind zurzeit vertreten: Oberbürgermeister und Bürgermeister, haupt- und ehrenamtliche Stadträte und Beigeordnete, aber auch Stadtverordnete und Gemeindevertreter. Jede Kommune wählt einen Vertreter und zwei Stellvertreter für die Verbandskammer des Regionalverbandes. Die Gemeindevertretung kann ihrem Vertreter aufgeben, wie er bei einzelnen Abstimmungen abstimmen oder welche Anträge er einbringen soll.

Am 6. Juli 2011 haben SPD und GRÜNE in der Verbandskammer erklärt, für die kommenden fünf Jahre eine Koalition bilden und dort die Leitlinien der Regionalentwicklung bestimmen zu wollen. Nachdem sich die seit 2006 regierende absolute Mehrheit der CDU im Regionalverband vor allem durch Beharrungsvermögen und Stillstand „auszeichnete“ und in Sachen Flughafen willfähriger Erfüllungsgehilfe der bürgerfernen Ausbaupolitik der Landesregierung war sowie insgesamt die ökologische Erneuerung verschlafen hat, wollen SPD und GRÜNE nun das Steuer herumreißen und gemeinsam Politik für die Bürgerinnen und Bürger der Region machen. Dafür bedarf es seitens der Vertreter der Kommunen Erfahrung, Weitblick und Engagement für die Sache und den entsprechenden (politischen) Rückhalt in der Gemeindevertretung sowie in der Bürgerschaft.

Die Bevölkerung der Region Rhein-Main tauscht sich statistisch gesehen alle 15 Jahre komplett aus. Höchste Transparenz von Politik und Verwaltung, eine Senkung von Beteiligungsschranken in Parteien, Verbänden und Vereinen sind notwendig, um unter diesen Bedingungen ein soziales Gemeinwesen aufrecht zu erhalten. **Hierfür stehen DIE GRÜNEN.**

Die Adressaten hierfür sind vorhanden: Hunderttausende Menschen engagieren sich in der Region Rhein-Main ehrenamtlich. Die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger ist aber nicht voraussetzungslos. Erforderlich ist eine beratende Infrastruktur,

die vielen Menschen Gelegenheit für einen Einstieg gerade ins projektorientierte, zeitlich und inhaltlich überschaubare freiwillige Engagement bietet, es dauerhaft fördert und langfristig begleitet. Die Bildung und Vernetzung von Freiwilligen- und Ehrenamtsagenturen etwa wie in Frankfurt, Offenbach, Hanau oder Rüsselsheim und Raunheim scheint dabei besonders aussichtsreich.

Der Regionalpark Rhein-Main verbindet seiner Grundidee nach in einzigartiger Weise Kultur und Natur und macht regionale Kooperation sinnlich begreifbar. Das Routennetz aus parkartig gestalteten Wegen und Anlagen soll nach derzeitigem Planungsstand einmal auf ca. 600 Kilometern die regionalen Grünzüge erfahrbar machen und dabei eine Vielzahl von existierenden und neuen Grünanlagen, Freizeit- und Erholungseinrichtungen einbeziehen. **Hierfür stehen DIE GRÜNEN.**

Sein potentieller Wert für die Sicherung noch nicht bebauter Flächen zwischen den Städten, für die Erholung der Bürgerinnen und Bürger und als Lebensraum für Pflanzen und Tiere mitten im Verdichtungsraum ist enorm. Seit 1996 wurden über 30 Mio. € in Routen und Attraktionen investiert, vor allem in ein „Pilotgebiet“ im Main-Taunus-Kreis. Durch die seit 2004 erfolgte Erweiterung nach Westen, Süden und Osten kann er zu einem Projekt werden, das wirklich die ganze Region verbindet. Der Regionalpark wird vielerorts bereits sichtbar. Die Erledigung der konzeptionellen Aufgaben und die Mobilisierung zusätzlicher Ressourcen kann und muss neben einer Neubesinnung der Gesellschafter Regionalverband, Landkreise und größere Städte) über eine verstärkte Einbeziehung der Zivilgesellschaft gelingen. **Hierfür stehen DIE GRÜNEN.**

Der Regionalverband muss die ihm im novellierten Ballungsraumgesetz (BallRaumG) zugebilligten geringfügig gewachsenen Kompetenzen insb. im Bereich der Koordination des unübersichtlichen Geflechts regionaler Gesellschaften aktiv nutzen, d.h. er muss Synergiepotentiale zwischen den sektoralen Zuständigkeiten (beispielsweise im Dreieck WiFö/ Standortmarketing – Kulturkooperation/ Kulturfonds und Regionalpark sowie zwischen IVM – RMV und lokalen Nahverkehrsgesellschaften etc.) erkennen und regional abgestimmte Maßnahmen entwickeln. **Hierfür stehen DIE GRÜNEN.**

Im Kontakt zu den Mitgliedskommunen sollte der Regionalverband noch stärker als Dienstleister auftreten, z.B. bei der Zusammenführung von Gemeinden mit vergleichbaren Problemlagen und der Organisation gemeinsamer Lernprozesse (Bsp. Orte mit einer besonderen demografischen Struktur = Überalterung, Beratung kleinerer Gemeinden bei der Verkehrsinfrastruktur, Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs und der Landschaftsschutzplanung u.a.) oder der Akquise von Fördermitteln. **Hierfür stehen DIE GRÜNEN.**

Handlungsfähige Regionen brauchen eine moderne Verwaltungsstruktur. Die Vielzahl der staatlichen Ebenen (Europa, Bund, Land, Regierungspräsidien, Verbandskammern, Landkreise und Kommunen) machen den Aufbau viel zu kompliziert. Das schadet dem Wirtschaftsstandort Hessen. Der Zuschnitt der Landkreise entspricht nicht mehr ihren Aufgaben: Für viele Themen sind sie zu klein. So werden schon heute viele Aufgaben von mehreren Landkreisen in Zweckverbänden geregelt. Transparenz und demokratische Kontrolle bleiben dabei häufig auf der Strecke. Für die Erledigung anderer Aufgaben sind die Landkreise

wiederum zu groß; diese Leistungen könnten die Kommunen besser und bürgernäher erbringen (aus dem Landtagswahlprogramm der GRÜNEN 2008).

DIE GRÜNEN wollen daher in den nächsten Jahren im Regionalverband folgende Reformziele politisch vereinbaren und umsetzen:

Transparente und effiziente Verwaltungsstrukturen, Steigerung der demokratischen Teilhabe, Stärkung der Kommunen, innerregionaler Lastenausgleich, Handlungsfähigkeit der Region zur Bewältigung der anstehenden Aufgaben von u.a. Klimawandel, Demografischer Wandel und im überregionalen Standortwettbewerb.

Im Bereich Planung sollte stärker umsetzungsorientiert gedacht werden: auf der Basis des Regionalen Flächennutzungsplans (RegFNP) lassen sich Kooperationen im Bereich Gewerbeflächenentwicklung und Einzelhandelsansiedlung realisieren.

Das inzwischen beschlossene Regionale Einzelhandelskonzept (REHK) muss jetzt auch mit Leben erfüllt werden, um die Zentren gerade in kleineren Gemeinden wie z.B. Nauheim wieder zu stärken.

Das Thema regenerative Energien hat die CDU in der Rhein-Main-Region spektakulär gegen die Wand gefahren. Nichts ist in den letzten Jahren geschehen. Auf der Basis der in den letzten Monaten gewonnenen Erkenntnisse sollten weniger konkrete Standorte vorgegeben werden, sondern potentielle Vorrangflächen definiert und mit den betroffenen Gemeinden erörtert werden. Fakt ist: wir GRÜNE im Regionalverband wollen die Nutzung regenerativer Energien wie z.B. die Windenergienutzung ausbauen.

Ziel GRÜNER Regionalpolitik ist die Weiterentwicklung der Region FrankfurtRheinMain zu einer beispielhaft nachhaltig orientierten europäischen Region mit hoher Lebensqualität.

Die Rolle des Regionalverbandes ist dabei, diese Entwicklung im regionalen Dialog zu steuern und zu koordinieren. Für die Mitwirkung und Abstimmung z.B. bei der Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe, der Wohnungsversorgung oder dem Einzelhandel mit den betroffenen Akteuren und der Öffentlichkeit sind geeignete Instrumente zu erarbeiten, denn im regionalen Kontext entwickelte Projekte können das Bewusstsein für die Region verbessern.

Für den Aufgabenkatalog des Regionalverbandes müssen folgende Handlungsleitlinien befolgt werden:

- **Siedlungsentwicklung** -- Schonung von Freiflächen:
 - Innenentwicklung hat Vorrang vor Außenentwicklung;
 - Mehrbedarf an Wohnfläche möglichst im Bestand durch Nachverdichtung und § 34 Flächen decken;
 - Vorrang der Konversion von bisher gewerblich oder militärisch genutzten Flächen und Verkehrsflächen vor Inanspruchnahme von Freiflächen;
 - Ausweisung von Vorrangflächen für Siedlung und Planung erfolgt grundsätzlich nur im Einzugsbereich der Haltepunkte des schienengebundenen ÖPNV;
 - Sicherung der wohnungsnahen Infrastruktur ist zu gewährleisten;

- bei der Ausweisung von Gewerbeflächen auf einen direkten Anschluss an das bestehende hochrangige Straßennetz achten;
- bei der Ansiedlung neuer, wohnverträglicher gewerblicher Nutzung sind wohnungsnahe Standorte zu bevorzugen.
- **Verkehrsplanung** -- Mobilität Umwelt verträglich sicherstellen:
 - Dem Ausbau des ÖPNV ist Vorrang vor der Neuausweisung von Trassen für den Individualverkehr zu geben. Die Regionalverbindungen sind vorrangig auszubauen, u. a. mit dem Ziel, eine optimale Verknüpfung mit dem europäischen Hochgeschwindigkeitsnetz zu erreichen.
 - Die Realisierung der Regionaltangente West ist im Konsens mit allen Akteuren zu beschleunigen.
 - Die Integration der unterschiedlichen Verkehrssysteme soll zur flächendeckenden Erschließung weiterentwickelt werden, um den Verkehrsanteil des Umweltverbundes deutlich zu steigern. Dazu dienen vor allem eine konsequente Vertaktung des ÖPNV und der Ausbau von attraktiven Verknüpfungspunkten (Park+Ride, Bike+Ride etc.).
 - Die Zukunftssicherheit des Flughafens Frankfurt soll durch den Verbund mit dem europäischen Schienenschnellverkehr und eine intelligente Vernetzung mit anderen Flughäfen gesichert werden;
 - die Zahl der Flugbewegungen ist langfristig zu begrenzen. In der Nacht von 22-6 Uhr fordern wir ein vollständiges Nachtflugverbot.
 - Mit der Einführung einer Regionalen Umweltzone soll die Feinstaub- und NO₂-Immisionen der stark belasteten Kommunen reduziert werden. Die Zuordnung der räumlichen Funktionen soll so erfolgen, dass die Verkehrsmittel des „Umweltverbundes“ (nicht motorisierter Verkehr, ÖPNV) ein attraktives Angebot gewährleisten können.
 - Notwendige Ortsumfahrungen zum Schutz der Bevölkerung vor Verkehrslärm sind ortsnahe auszuführen oder mit bereits vorhandenen Trassen zu bündeln. Die Entwurfsgeschwindigkeit soll sich an Tempo 50 orientieren, maximal sind sie als Nahbereichsstraße (Entwurfsklasse 4) zu planen. Ortsumfahrungen sind nicht anbaufrei, sondern als integrierte Straßen zu gestalten. Sie dienen der Ortserschließung und können überall gequert und ggfs. angebaut werden. Als Voraussetzung müssen gegeben sein:
 - eine nachgewiesene Entlastung für die Einwohnerinnen und Einwohner in der Regel von mindestens 50 % des Verkehrs sowohl bei den Emissionsbelastungen als auch bei der Verkehrsmenge; d.h. der Durchgangsverkehr muss vor der Maßnahme stärker sein als der Ziel- und Quellverkehr;
 - eine tatsächliche Verlagerungsfunktion von inneren Ortslagen nach außen;
 - alle verkehrsberuhigenden Maßnahmen müssen als unzureichend erkannt worden sein.
 - Neuausweisungen von Umfahrungen sind mit der Pflicht zum Rückbau (Rückstufung, Geschwindigkeitsreduzierung bis hin zu vollständigem Rückbau) der entlasteten Straße zu verknüpfen.
- **Landschaftsplanung** / Freiraumsicherung
 - Der Schutz der Regionalen Grünzüge ist zu verstärken, um die naturräumliche Gliederung mit ihren ortsspezifischen Ausprägungen zu erhalten bzw. wiederherzustellen;

- das Verhältnis von bebauten und unbebauten Flächen mit seinem hohen Potenzial für die landschaftliche Gliederung, den ökologischen Ausgleich und die Erholungsfunktion für die Bevölkerung im Ballungsraum zu erhalten;
 - die Besiedlung von Retentionsräumen soll unter Beachtung der prognostizierten Zunahme von Hochwasserereignissen ausgeschlossen werden. Die Rückgewinnung von Retentionsraum ist anzustreben;
 - der Regionalpark und das Biotopverbundsystem im RegFNP sind auszubauen und zu sichern.
- **Land- und Forstwirtschaft**
 - Die landwirtschaftlichen Produktionsflächen sollen vorrangig zur Versorgung mit Lebensmitteln aus der Region erhalten werden;
 - der Anteil an naturnah bewirtschafteten Flächen zur Erzeugung biologisch hochwertiger Lebensmittel soll erhöht werden;
 - die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen muss generell so erfolgen, dass Beeinträchtigungen von Boden-, Grund- und Fließwasserqualität ausgeschlossen werden können; Insbesondere ist auf einen Einsatz gentechnisch veränderter Pflanzen zu verzichten;
 - die Bewirtschaftung der Waldflächen soll unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit unter Berücksichtigung der Erholungsfunktion naturgemäß erfolgen;
 - die Inanspruchnahme von Waldflächen sowie ihre Zerschneidung sind möglichst zu vermeiden.
- **Adaption an Klimawandel**

Neben den Auswirkungen für die Land- und Forstwirtschaft ist auch mit Auswirkungen die Lebensbedingungen in den Siedlungen (z.B. Hitzeperioden, Starkregenereignisse, Hochwasser) zu rechnen. Deshalb sind Anpassungsstrategien erforderlich. Dazu gehören u.a. die Freihaltungen von Auen und Kaltluftschneisen, die Schaffung von Versickerungsmöglichkeiten auch in den Siedlungen, die Verknüpfung von Erholungsflächen und positiven Einflüssen auf das Mikroklima in den Städten.
- **Regionales Einzelhandelskonzept (REHK):**

Die verbindliche Umsetzung des REHK soll die wohnungsnahe Versorgung sichern und die Zentrenstruktur der Region erhalten.
- **Energiekonzept**

Ein von der Landesregierung erwartetes zukunftsfähiges Energiekonzept ist bisher nicht vorgelegt worden. Die Ereignisse in Japan und die daraus resultierenden Folgen verdeutlichen erneut die Notwendigkeit für eine schnelle Umstellung der Energieerzeugung und -nutzung für die Industrienation Deutschland. Neben dem bisherigen Ziel des Ausbaus Erneuerbarer Energien zur klimafreundlichen Energieversorgung im Einklang mit Natur und Umwelt, muss die Stilllegung der Hessischen Atomreaktoren berücksichtigt werden. Das Land Hessen wird aufgefordert, die am 11. Juni 2008 einstimmig beschlossenen Vorgaben des Arbeitskreises „Zukunftsfähige Energiekonzepte“ der Regionalversammlung Südhessen und der Verbandskammer des Planungsverbandes Ballungsraum Frankfurt/Rhein-Main im Landesenergiekonzept zu beachten. Parallel zur Erarbeitung des Landesenergiekonzeptes unter Nutzung der relevanten Zwischenergebnisse für die Region Südhessen muss ein regionales

Energiekonzept erarbeitet und schnellstmöglich – jedoch spätestens im Januar 2012– einen darauf aufbauenden Entwurf einer Teilfortschreibung vorgelegt werden. Dabei sind ebenso die Vorgaben des Arbeitskreises „Zukunftsfähige Energiekonzepte“ beachten. Der Schwerpunkt der Fortschreibung ist dabei auf die raumordnerische Steuerung der flächenrelevanten Nutzung erneuerbarer Energien zu legen.

Es handelt sich um folgende Vorgaben:

1. Das Konzept muss für die Laufzeit des Regionalplans sowie die Zieljahre 2020 (Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen um 40%) und 2028 (vollständige Umstellung der Stromproduktion auf Erneuerbare Energien) differenziert werden. Das Konzept soll die folgenden Anforderungen an Energiesysteme berücksichtigen:
 - Sie müssen mindestens klimaneutral sein, keine zusätzlichen Emissionen von Luftschadstoffen insbesondere Feinstäube verursachen und hoch effizient sein.
 - Sie sollen durch die Steigerung der Energieeffizienz und eine sinkende Abhängigkeit von Importen von Energieträgern zu vertretbaren Kosten für den Energieeinsatz führen.
 - Sie dürfen nicht zu neuen Abhängigkeiten führen.
2. Das Konzept muss die Versorgungssicherheit gewährleisten.
3. Das Konzept muss an die örtlichen Gegebenheiten angepasste, differenzierte Lösungen anbieten.
4. Das Konzept soll darstellen, welche Möglichkeiten und technischen Entwicklungsperspektiven zur Erzeugung von Spitzenlaststrom in Südhessen möglich sind.
5. Das Konzept muss die Energieeinsparung als wichtiges Element aufgreifen.
6. Das Konzept soll Möglichkeiten der Optimierung der Stromversorgungsinfrastruktur durch die Stromversorger beispielsweise mit „Smart Grids“, „Virtuelle Kraftwerke“ oder „Smart-Metering-Systemen“ beschreiben, die dazu dienen, Stromverbrauch und Stromerzeugung zu harmonisieren.
7. Das Konzept soll prozessorientierte Bausteine enthalten, die die Vorgehensweise zur Integration kommunaler Energiekonzepte und zur nachbarschaftlichen Abstimmung zwischen benachbarten Kommunen und Teilregionen beschreiben und festlegen.

Deshalb braucht es starke GRÜNE in der Regionalversammlung!

Herzlichst,

Michael Korwisi



Michael Korwisi (geb. 1952) ist Oberbürgermeister der Stadt Bad Homburg v. d. Höhe. Mit der Wahl am 10.05.2009 wurde er erster GRÜNER Oberbürgermeister in Hessen. Michael Korwisi ist Mitglied der GRÜNEN der ersten Stunde: Parteimitglied seit 1979. Gründungsmitglied der Bad Homburger GRÜNEN 1979/80 und Stadtverordneter von 1981 bis 2001. In den Jahren 1985 bis 1991 war er Landesgeschäftsführer. Seit diesem Jahr ist Michael Korwisi der neue Vorsitzende der GRÜNEN im Regionalverband FrankfurtRheinMain.

Links:

<http://www.korwisi.net/>

<http://www.gruene.de/30-gruene-jahre/kommunalpolitik/michael-korwisi.html>

<http://www.region-frankfurt.de/>

Presse:

<http://www.faz.net/artikel/C30745/rhein-main-cdu-bietet-buendnis-fuer-die-region-an-30453263.html>

<http://www.faz.net/artikel/C30088/kommentar-die-verflixte-region-rhein-main-30453264.html>

Unter Verwendung von Texten von Jens Scheller, hauptamtlicher GRÜNER Beigeordneter des Regionalverbandes von 2002 bis 2008, sowie aus den grünen Verhandlungspapieren für die Koalitionsgespräche 2011. Weitere Quellen Regionalverband Frankfurt Rhein-Main und Landtagswahlprogramm der GRÜNEN HESSEN 2008.